



# Tägliche Omaha Tribune

PUBLISHED AND DISTRIBUTED UNDER PERMIT (No. 364), AUTHORIZED BY THE ACT OF OCTOBER 6, 1917, ON FILE AT THE POST OFFICE OF OMAHA, NEBR. BY ORDER OF THE PRESIDENT A. S. BURLISON, POSTMASTER-GENERAL

35. Jahrgang.

Omaha, Neb., Dienstag, den 15. Juli 1919.

8 Seiten.—Nr. 106.

## Blockade war in U-Booten vorgelegen

### So erklärt Admiral Scheer und sagt, die deutsche Flotte war in der Schlacht bei Jütland trotz Minderzahl siegreich

### Keine Forderungen der Alliierten an Holland

London, 15. Juli. (United Press.) Der frühere Befehlshaber der deutschen Hochseeflotte, Admiral von Scheer, sagte heute in einem Interview, das er dem Vertreter des Daily Chronicle zu Weimar gewährte: „Die Blockade verursachte Deutschlands Niederlage. Die Blockade triumphierte über die U-Boote.“ Scheer beanspruchte in der Seeschlacht bei Jütland einen Sieg der deutschen Flotte; er hob hervor, daß seine Verluste an Schiffen und Mannschaften nur ein Drittel so groß gewesen sind, als diejenigen der Briten. Die deutschen Schiffe waren kleiner und langsamer, auch waren ihnen die britischen an Feuerkraft überlegen, waren jedoch gegen das feindliche Geschützfeuer besser geschützt, wenn es auch aufwar. Das von Admiral Jellicoe herausgegebene Buch über die Seeschlacht bei Jütland bezeichnet er als eine bloße Verteidigungsschrift, jagend, Jellicoe wandte Strategie an, wenn er sich der Kaffir bedienen sollte. „Die deutsche Flotte wäre letzten Oktober zum Kampfe ausgezogen“, sagte er, „jedoch konnte man sich auf die Mannschaften nicht mehr verlassen. Gott sei Dank, daß Admiral Rauber die Ehre der deutschen Marine durch Verankerung der Flotte in Scarpa Flow wieder hergestellt hat.“

Harden hat es abgelehnt, ein Filmstück, das das Leben des ehemaligen deutschen Kaisers behandelt, zu schreiben, trotzdem ihm ein gutes Stück Geld und Lohntiere für jede Aufführung versprochen worden ist. **Franzosen schicken Dornen.** Wiesbaden, 15. Juli. — Dornen war zu verantwortlicher Vernehmung vor den Untersuchungsrichtern geladen, war aber nicht erschienen. Die Anklage richtete sich gegen ihn zunächst wegen Freßbergehens, er hat nach dem raschen Ende seiner Regierung noch Flugblätter auf den Straßen verteilen lassen, die Autos wurden aber angehalten und die Exemplare beschlagnahmt. Der Gerichtsbescheid, die noch eine Anzahl Briefe mit der Adresse: „Monsieur le Président de la République Republique Dr. Dornen“ beschlagnahmt hat, ist von der französischen Kommandantur wiederholt der Befehl zugewandt, gegen Dr. Dornen nichts zu unternehmen, und die Polizeidirektion ist angewiesen, den Haftbefehl nicht auszuführen, vielmehr muß sie vor dem Wohnhaus Dornens einen ständigen Posten stellen und Dornen einen Schutzmann zur Verfügung stellen, der den „Präsidenten“ auf allen Ausgängen begleitet. Das Amtreten Dornens ist, wie maßgebliche Kreise berichten, durchaus noch nicht zu Ende. Er hat abermals Flugblätter verteilen lassen, die den Gerüstungsbesuch „Druderei der vorläufigen Regierung der rheinischen Republik“ tragen. Justizminister Erkemann hat sich leicht mit dem raschen Ende seiner Ministerherrlichkeit abgefunden, er hält sich in einem kleinen Saal in der Nähe des Reichstages auf und beschäftigt sich mit Forellensangen.

**Forderungen der Alliierten.** Berlin, 15. Juli. — Das Tagesblatt will wissen, daß die Alliierten und assoziierten Mächte von Holland nicht die Auslieferung des Erzkaifers verlangen werden, um ihn zu verurteilen, sie werden vielmehr an die deutsche Regierung die Aufforderung richten, daß sie Holland auffordert, den früheren deutschen Herrscher auszuliefern. Auf gleiche Weise, schreibt das genannte Blatt, soll mit deutschen Staatsmännern verfahren werden, die sich in neutrale Länder geflüchtet haben. Das Tagesblatt sagt, daß 167 Personen verlangt werden, darunter befinden sich hervorragende Generale, Admirale, der Befehlshaber des deutschen Heeres, welches zahlreiche Handelsschiffe auf offener See versenkt hatte, der Befehlshaber des Landheeres U-53, das am 10. Oktober 1916 versenkt wurde und dann auf der Höhe der amerikanischen Küste eine Anzahl Schiffe versenkte; ferner sollen ausgeliefert werden der frühere deutsche Reichskanzler Bethmann-Hollweg, der frühere Minister des Auswärtigen Dr. Alfred Zimmermann und der ehemalige Minister des Innern, Vizekanzler Dr. Helfferich, Hindenburg, Ludendorff, Falkenhain, Eimann, Klud, Wastenberg, Bessler, Eymann v. Sander, Oberbefehlshaber der kaiserlichen Armee, Falkenhain, (der frühere Gouverneur von Belgien), die Admirale Kirch, Capelle, Hipper und Scheer.

## De Valera, Präsident der irischen Republik, spricht in Omaha

Prof. De Valera, der Präsident der irischen Republik, hat heute morgen von seinen Landsleuten und Freunden in Omaha einen begeisterten Empfang erhalten.

Herr De Valera befand sich auf der Reise nach San Francisco, wo er eine große Rede halten wird. Er kam von Chicago, wo in den letzten zwei Tagen Demonstrationen im Interesse der Freiheit Irlands stattgefunden haben, die eine gewisse Befürwortung der irischen Sache hervorgerufen haben. De Valera hat sich dort über 25.000 Menschen über 90 Minuten lang unterhalten, als eine Massenversammlung zu Gunsten Irlands im Ballpark stattfand.

Präsident De Valera traf um 9:10 Uhr heute morgen hier ein. Er wurde von einem Komitee hervorragender Irländer aus dem Wagen herausgeholt und unter dem Jubel der Menge nach dem Bahnhof geleitet. Einige irische Frauen haben ihn umarmt und ihm die Hände geküßt.

Im Bahnhof angekommen, erhob sich Louis Cavanaugh und stellte Herrn De Valera mit folgenden Worten vor: „Ich habe die Ehre, Ihnen den Präsidenten der irischen Republik vorzustellen. Die Benennung Irlands in Irland war, um das irische Volk für die Unabhängigkeit Irlands zu gewinnen, so befindet sich heute Präsident De Valera in Amerika, um Amerika für die irische Republik zu interessieren.“

Präsident De Valera wurde auf eine Erhöhung gehoben, sprach einige Begrüßungsworte in gälischer Sprache, was gegen das neue, gelesene in Kraft getretene Staatsgesetz war, und sagte dann folgendes: „Ich bin hier, um die Regierung der Ver. Staaten zu erfragen, Irlands Republik anzuerkennen. Die Ver. Staaten haben das Prinzip der Selbstbestimmung der Völker aufgestellt; im Einklang mit diesem Prinzip hat Irland die Herrschaft der englischen Autokratie abgeschüttelt und eine Republik geschaffen, und es ist meiner Ansicht nach jetzt die

## Taglicht-Sparplan bleibt jetzt bestehen

### Abgeordnetenhaus weigert sich, die Widerrückung desselben gutzuheißen

Washington, 15. Juli. — Allen Anschein nach wird der gegenwärtig bestehende Taglicht-Sparplan, demzufolge die Uhren des Landes im März um eine Stunde vorgerückt werden, um im Oktober wieder auf die reguläre Sonnenzeit gestellt zu werden, auf unbestimmte Zeiten weiter bestehen, nachdem sich Präsident Wilson kürzlich weigerte, einen diesbezüglichen Zusatz zur Ackerbau-Verwilligungsvorlage, welcher den Widerruf des Taglicht-Sparplanes vorseh, durch jene Unterstufung Rechtskraft zu verleihen. Das Abgeordnetenhaus weigerte sich gestern bei einer Stimmabgabe von 247 gegen 135 diesen Vorschlag gegen das Veto des Präsidenten zum Gesetz zu erheben.

In der Abstimmung waren alle Grenzen der Parteigebhörigkeit geschwunden; während Vertreter der Landwirtschaftlichen Distrikte für Annahme des Widerrufs eintraten, sprachen sich die Repräsentanten der Städte gegen denselben aus. Hätten erstere auch Stimmen mehr erlangt, dann wären sie mit ihrem Plan durchgedrungen. Gegenwärtig ist aber keine Aussicht vorhanden, daß bei einer abermaligen Abstimmung eine Aenderung des Beschlusses erreicht werden könnte und allem Anschein nach wird der Widerruf des Taglicht-Sparplans von diesem Kongress, dessen Wirken im März 1921 zu Ende geht, nicht mehr in Erwägung gezogen werden. Diese Entscheidung des Repräsentantenhauses macht es auch für den Senat unmöglich, in dieser Angelegenheit etwas zu tun.

## Dier Omahaer in New York gelandet

New York, 15. Juli. — Hier ist gestern der Transporthamer „Fring“ Friedrich Wilhelm“ mit 3,593 Mann aus West, Frankreich, eingetroffen. Unter ihnen befanden sich auch 29 Nebraskaer, vier derselben sind aus Omaha gebürtig. Die Namen derselben sind: Raymond C. Merrill, 2501 Süd. 32. Straße; Francis M. Nieman, 106 Südliche 50. Straße; William E. Tuerber, 503 Südliche 28. Straße; und Corporal John E. Kane, 602 Südliche 36. Straße.

## Franz. Sozialisten gegen den Vertrag

Paris, 15. Juli. — Der Nationalrat der Sozialistenpartei hat gestern beschlossen, der Ratifikation des Friedensvertrages zu opponieren. Für diesen Beschluß stimmten 1420, dagegen 114; 387 Delegaten waren abwesend.

## Wollen Neblpreise erniedrigen

Chicago, Ill., 15. Juli. — Wie Herr James Bell, Vize-Präsident der berühmten Washburn-Crosby Mühlen bekannt gibt, wurde hier gestern unter dem Namen Millers Export Association eine Vereinigung von etwa 300 der hervorragendsten Neblmühlensbesitzer gegründet, die einen Plan dahingehend, durch zweijährige Unterhandlungen mit ausländischen Käufern, die bereits organisiert sind, den Preis für Nebl und dessen Nebenprodukte zu erniedrigen.

## Wiederaufnahme des Handelsverkehrs mit Deutschland

Washington, 15. Juli. — Unter Zustimmung des stellvertretenden Staatssekretärs Boll stellte die Kriegs-Handelsabteilung des Staatsdepartements gestern wieder Lizenzen für unbeschränkten Handel mit Deutschland aus. Mit Ausnahme verschiedener genau festgestellter Fälle, die im Friedensvertrag aufgenommen sind, ist der Handel mit der deutschen Republik keinen Beschränkungen unterworfen.

## Banditenwirtschaft

Maria, Tex., 15. Juli. — Mexikanische Banditen, die behaupten, Carranza-Soldaten zu sein, haben am Sonntag das Dorf San Antonio, fünfzehn Meilen südlich von Pecos, umzingelt und jeden männlichen Bewohner zu den Waffen herangezogen und auf sämtliches Rindvieh und Nahrungsmittel Beschlagnahme gemacht. Die Einwohner wurden bis zum Montagabend als Geiseln gehalten.

## Verweigert ein Referendum über die Prohibition

### Der Staatssekretär soll nun durch ein Mandamusbefahren gezwungen werden, die Frage zur Abstimmung zu unterbreiten.—Referendum über die Code Bill.

Lincoln, Neb., 15. Juli. — John S. Hopkins von Omaha hat gestern in der Office des Staatssekretärs eine Petition mit über 37,000 Unterschriften unterbreitet, welche fordert, daß die Ratifikation des Nationalen Prohibitions-Amendements einer Referendum-Abstimmung unterbreitet wird. Die Petition enthält jetzt 37,387 Unterschriften, viel mehr als nach dem Gesetz notwendig sind.

Staatssekretär Amsbury weigerte sich, die Petition anzunehmen unter dem Vorbehalt, daß ein Referendum bezüglich des Nationalen Prohibitions-Amendements unter den Bestimmungen der Staats-Verfassung unzulässig sei. Der Sekretär stellt die Behauptung auf, daß die Ratifikation der Nationalen Prohibition kein Aktus sei, wie in Section 1, Artikel 3 der Konstitution des Staates bestimmt sei und das Referendum verstoße ferner gegen Artikel 5 der Ver. Staaten Konstitution, denn sie lagt ganz klar, daß, wenn Amendements durch die Legislaturen angenommen worden seien, so bestünden dieselben alle Rechtskraft der Verfassung. Die Bundesverfassung enthalte keine Bestimmung, derartige Fragen einer Abstimmung zu unterwerfen.

Hopkins, der die Petition einreichte, erklärte, daß er sofort ein Mandamusbefahren im Distriktsgericht einleiten werde, um den Sekretär zu zwingen, die Petition anzunehmen in Übereinstimmung mit dem Referendum-Gesetz.

In Bezug auf die Code-Bill wird von Seiten des Gouverneurs nichts getan, um die Sache vor die Extra-Sitzung der Legislatur zu bringen. Die Frage wird wohl auf dem Wege des Referendums entschieden werden. Vorläufig ist die Annahme der Code-Bill-Petition, die über 26,530 Namen enthält, bis Mittwoch nachmittag zurückgehalten worden. Gleich nachdem die Petition unterbreitet worden war, hielten Gov. McKelvie und Sekretär Amsbury eine Versammlung ab und wollten anschließend zuerst einen Versuch machen, den Vorschlag zurück zu ziehen, was jedoch nicht gelang, auf den Petitionen müsse das ganze Gesetz gedrückt sein, während nur der Titel darauf verzeichnet ist. Wald fand man aber aus, daß das Obergericht dies bereits in dem Falle von Bartling gegen Wait im Nebraska Court Bericht No. 96, Seite 525 entschieden hat, daß nur der Titel gedrückt werden müsse. In diesem Fall handelt es sich um die Waffenhalle in Nebraska City. Der Fall ist also klar, was die Code-Bill anbetrifft und morgen wird sich der Staatssekretär wohl bequemen müssen, dieses Referendum anzunehmen.

Zu Falle des Widerrufs der Prohibitions-Ratifikation wird wohl das Staatsobergericht zu entscheiden haben. Durch das Referendum über die beiden Gesetzesmaßnahmen können sie nicht in Kraft treten, bis in der Herbstwahl im Jahre 1920 darüber abgestimmt worden ist.

## Schwerer Tornado im Staate Kansas

Kansas City, Kanf., 15. Juli. — Wie gestern Abend aus Joplin, Mo., berichtet wird, hat ein schwerer Wirbelsturm in der Nähe von Independence, Kanf., schweren Schaden angerichtet. Independence selbst soll keinen großen Schaden zu verzeichnen gehabt haben, doch wird berichtet, daß die Ortshausen Freedom, Madocah und Chanute, Kanf., die volle Wucht des Tornados auszuhalten hatten. Bis jetzt war es unmöglich, sich mit jenen Städten telegraphisch oder telephonisch in Verbindung zu setzen.

## Venezelos will neue Balkanliga gründen

Berlin, 15. Juli. — Dem Wiener Tageblatt zufolge beabsichtigt der griechische Ministerpräsident Venezelos, eine neue Balkanliga ins Leben zu rufen. Es ist indessen unklar, ob sich Rumänien derselben anschließen wird.

## Französischer Degeneration

Paris, 15. Juli. — Fünfzigtausend französische Soldaten starben an Tuberkulose, und 120,000 mußten aus dem Dienst entlassen werden, weil sie an Trübsal litten. Diese Enthüllungen wurden im Senat gemacht.

## Sieg der „Trochonen“ im Abgeordnetenhause

### Vorschläge der Liberalen werden nicht genehmigt; heftige Debatte über 2 1/2 Proz. Bier.

Washington, 15. Juli. — Die Anhänger der Prohibition rissen in der gestrigen Versammlung im Abgeordnetenhause die Kontrolle an sich und machten alle Versuche, die von den Freunden der persönlichen Freiheit zur Erleichterung der Kriegsprohibition gemacht wurden, zunichte. Die Debatte entwickelte sich zeitweilig zu großer Heftigkeit und verschiedentlich wurden von den Sprechern persönliche Ausfälle gemacht. Sobald von liberaler Seite irgendein Amendement zur Wiederrückung der Prohibitionsvorschriften vorgebracht wurde, stimmten die „Trochonen“ daselbe mit großer Stimmenmehrheit nieder.

Die ersten Unruhen ereigneten sich, als Repräsentant Stanton, ein Demokrat aus Texas, den Versuch machte eine zweite Rede gegen ein Amendement zu halten, demzufolge eine Jury überlassen werden sollte, eine Entscheidung zu fällen, welche Getränke als berauschend gelten sollen. Die allgemeine Aufregung wurde hierauf noch durch eine Ansprache des demokratischen Abgeordneten Gallivan, Massachusetts, erhöht, in der er den Wunsch äußerte, daß alle jene Abgeordnete, welche für Prohibition stimmten, im „Congressional Record“ genau angegeben, wieviel Schnaps sie in ihren Häusern und Offices aufbewahrt haben.

Die größte Redejagd entwickelte sich jedoch bei einer Debatte über ein Amendement, demzufolge Getränke mit einem Alkoholgehalt von weniger als 2 1/2 Prozent als nichtberauschend bezeichnet werden sollen, im Gegensatz zur Bill, welche nur ein halbes Prozent vorschreibt. Repräsentant Dyer, aus Missouri, der Vorfasser jenes Amendements erklärte, daß durch Annahme desselben, welches sich übrigens nur auf die Kriegsprohibition bezieht, die Aufhebung der Kriegsprohibition durch Präsident Wilson, wodurch der Verkauf von Schnaps gestattet werden würde, verzögert werden dürfte. Die Angelegenheit wurde für etwa eine Stunde lang eingehend besprochen und dann bei der Abstimmung mit einer Stimmenabgabe von 151 gegen 90 verworfen.

Auch ein Vorschlag des demokratischen Abgeordneten Jago, aus Missouri, der jede genauere Definierung von berauschenden Getränken ausschaltete, wurde mit 128 und 83 Stimmen abgelehnt. Die Gallerien, welche von Befürwortern der Prohibition dicht besetzt waren, ergingen sich bei jedem Angriff auf die persönliche Freiheit in lebhaften Weisheitsbelegungen.

Nach eingehenden, weiteren Verhandlungen vertagte sich schließlich das Haus, nachdem nicht einmal die Hälfte der die Angelegenheit betreffenden Vorlagen zur Besprechung gelangt. Die Verhandlungen werden heute fortgesetzt werden.

## Wilson's Sieg im Senat scheint sicher

### Man beabsichtigt nunmehr, die Ausscheidung aus der Völkerliga zu einer Frage in der Wahlkampagne 1920 zu machen

### Kabinetts beschäftigt sich mit brennenden Fragen

Washington, 15. Juli. (United Press.) — Einen vollständigen Sieg des Präsidenten Wilson im Senat voraussehend, besprachen heute mehrere Gegner der Völkerliga einen Plan, das Ausschleiden der Ver. Staaten aus der Völkerliga zu einer Frage der Präsidentenwahlkampagne im Jahre 1920 zu machen. Die Idee ist jedoch noch nebelhaft; öffentlich tritt noch niemand für dieselbe ein. Diejenigen, welche den Plan begünstigen, werden denselben vor das Volk bringen, sobald sie glauben, daß derselbe reif genug ist. Senatoren, welche sich hierüber ausgelassen haben, verweisen darauf, daß man erst nach zwei Jahren aus der Liga ausschleiden könne; gibt man nun in der Präsidentenwahlkampagne die Absicht kund, aus der Liga auszutreten, und das Volk heißt einen derartigen Plan gut, dann könne dieses im Jahre 1923 geschehen. Bis um jene Zeit, sagen gewisse Senatoren, haben die Vereinigten Staaten ihren Teil dazu beigetragen, Europa wieder in normale Bahnen zu lenken und können sich einzig und allein mit nationaler Politik befassen.

Die heutigen Entwicklungen bei Besprechung der Völkerliga dürften wie folgt sein: Konferenz des Senatskomitees für auswärtige Angelegenheiten um 10 Uhr vormittags, in welcher Senator Johnson von California darauf dringen wird, daß der Präsident Aufklärungen über gewisse Bestimmungen des Vertrags gibt. Diskussion über die Lodge Bill, wonach dem Senat eine Abschrift des angeblichen Vertrags zwischen Deutschland und Japan unterbreitet wird und alle Informationen erteilt werden, die das Staatsdepartement über Verhandlungen zwischen Deutschland und Japan während des Krieges besitzt. Eine Rede des Senators Norris von Nebraska, in welcher er den Schantung Vertrag als einen „Maus“ bezeichnet. Eine Rede des demokratischen Senators Underwood von Alabama, in welcher er die Empfehlung macht, den Vertrag in vorliegender Form anzunehmen. Senator Hitchcock wird im Weissen Hause vorprechen; Herr Hitchcock wird ebenfalls mit dem Präsidenten über die Stimmung im Senat, die Völkerliga betreffend, sprechen. Herr Wilson dürfte auch mit seinem Kabinetts über wichtige innere Angelegenheiten konferieren. Eine Frage, die wohl beantwortet werden wird, ist, ob jene in verschiedenen Städten von der Regierung errichteten Arbeiterwohnungen an Privatpersonen verkauft werden sollen. Es verlautet, daß der Prä-

## U. S. Armeevorräte in Frankreich gestohlen

Koblenz, 15. Juli. — Amerikanische Offiziere haben ein Komplott zum Diebstahl von Nahrungsmitteln und anderen Vorräten entdeckt, das die französische Regierung benachrichtigt, daß dieselben Deutschland außerhalb der Okkupationszone in französischen Eisenbahnhöfen erreicht und daß die Amerikaner gegen sie tätig sein müssen, um die amerikanische Speise nach Deutschland kam, der der französischen Regierung zur Verteilung unter die Zivilbevölkerung verkauft wurde. Französische und britische Behörden wurden ersucht, sich an der Untersuchung zu beteiligen.

In einem Falle wurden zwei Waggonsladungen Speise gefunden, der im Innern Deutschlands für 16 bis 25 Mark das Pfund verkauft wurde. Auch der ingenieure Tabaksmuggel macht den Amerikanern Kopfzerbrechen. In einem deutschen Frachtbahnwagen mit einem doppelten Blaufeld wurden tausende von Zigaretten entdeckt, die für amerikanische Soldaten bestimmt waren. In einem andern Falle wurden hunderte von Pfunden Schokolade und tausende von Zigaretten mit Koblenz bedeckt im Tender einer Lokomotive gefunden.

## Wucherer in Paris schwer bestraft

Paris, 15. Juli. — Vier Männer, die des gefehrvolligen Spekulierens für schuldig befunden worden waren, wurden hier gestern zu einer Zuchthausstrafe von einem bis zu fünfzehn Monaten und außerdem zu einer Geldstrafe in Höhe von 100,000 Franken verurteilt. Der Prozeß fand im Kriminalgericht von Marais statt. Die dem Urteil werden noch schwerere folgen, die wegen umfangreicher Nahrungsmittelwucherer verhängt werden. Die Bewegung gegen die exorbitanten Preise nimmt große Dimensionen an. In einer in der Deputiertenkammer kürzlich eingebrachten Vorlage steht man sogar soweit, für Sanktionen, die übermäßige Profite der Rechnung oder große Mengen Nahrungsmittel aufbewahren, die Todesstrafe vorzuschlagen.

## Die Schweiz und die Völkerliga

Bern, 15. Juli. — Der frühere Präsident der Schweiz und derzeitiger Chef der schweizerischen Abteilung des Großen Rats, Dr. Felix Calonder, erklärte den Vertretern der Presse ein Fernbleiben der Schweiz von der Völkerliga und deren dadurch bedingte politische Isolierung würde ein großer politischer Fehler sein. „Die in Paris gegründete Liga ist unvollständig“, sagte er, „und bedarf der Amendierung, trotzdem stellt sie ein Werk dar, das Achtung verlangt und dazu ansetzt, den Fortschritt der Menschheit zu fördern.“ Wenn die Schweiz der Völkerliga nicht binnen zwei Monaten nach Eröffnung ihrer Tätigkeit beitrifft, so soll, wie der „Zentralpost“ erfahren haben will, der Sitz der Liga nicht in Genf bleiben. Wie das Blatt hinzufügt, hat die Schweiz antwortlich erklärt, falls sie beigetreten sei und Deutschland dann nicht ohne große Verzögerung ebenfalls aufgenommen werden sollte, so werde die Schweiz wieder aus der Liga austreten. Die Alliierten sollen auch auf diese Erklärung geantwortet haben, aber die Antwort wurde nicht bekannt gegeben.

## Wetterbericht

Für Omaha und Umgegend — Schön heute Abend und Mittwoch. Etwas wärmer am Mittwoch. Für Nebraska — Schön heute Abend und Mittwoch. Etwas wärmer am Mittwoch und im nordwestlichen Teil heute Abend. Für Iowa — Schön heute Abend und etwas kühler im östlichen und zentralen Teil. Mittwoch schön, wärmer im äußersten westlichen Teil.

Wien, 15. Juli. — Hier eingetroffene Nachrichten besagen, daß in Budapest 3000 gälische Polen verhaftet worden sind. Die polnische Regierung hat hierauf bei dem ungarischen Ministerpräsidenten Bela Kun Protest erhoben; denselben beantwortete er in folgender Weise: „Programme können hier nicht ausbleiben; wir wollen jedoch nicht, daß ungarische Juden für Handlungen gälischer jüdischer Wucherer, die sich in Menge in diesem Lande befinden, verantwortlich gehalten werden. Wir weigern uns auch, daß bei den Verhafteten vorgefundene Geld zurückzugeben.“

Wien, 15. Juli. — Maximilian